



Die Regierung will mit einem Neubau des BWZ noch zwölf Jahre warten. Ein unhaltbarer Zustand, finden Regionalpolitiker und zahlreiche Kantonsräte. Bild: Matthias Dörig

# Der politische Druck nimmt zu

**RAPPERSWIL-JONA.** Die IG «Pro Bildungsstandort Linthgebiet» lud am Dienstag die Kantonsräte zur Besichtigung des BWZ in Rapperswil ein. Der Tenor der Gäste war klar: Die räumlichen Voraussetzungen genügen nicht mehr.

*HANSJAKOB BECKER*

Die St. Galler Regierung will ein neues Berufsbildungszentrum erst 2023 in Angriff nehmen. Dagegen wehrt sich die IG vehement. Zusammen mit den Ratsvertretern aus dem Linthgebiet will man auf den Kantonsrat Einfluss nehmen, damit die Sache sofort an die Hand genommen wird. Frühere Planungen bestätigen, dass ein Neubau für 53 Millionen Franken möglich ist. Warum der Regierungsbericht von 80 Millionen ausgeht, versteht die IG nicht. Dabei geht es um die Aufwertung der Berufsausbildung, die im dualen Bildungssystem unabdingbar ist. In der nächsten Session des Kantonsrates soll eine Korrektur beschlossen werden.

Roland Dulla, stellvertretender Rektor des BWZ, führte die Anwesenden durch die drei Gebäude, und es war klar, dass hier nur unter erschwerten Umständen Unterricht stattfinden kann. Im Haus 3 regnet es durchs Dach. Für Schüler und Lehrpersonen bestehen unzumutbare räumliche Verhältnisse.

Markus Schwizer, Präsident der Regionalplanungsgruppe Zürichsee-Linth, verwies darauf, dass das Berufs- und Weiterbildungszentrum dem gesamten Linthgebiet und weiteren Regionen diene. Auch die Schulinfrastruktur habe einen Einfluss auf die Schulqualität. Stadtrat Thomas Rüegg bestätigte, dass der Stadtrat bereit wäre, dem Kanton das vorgesehene Areal unentgeltlich im Baurecht



Vertreter aus Politik, Bildung und Wirtschaft orientierten sich über die Verhältnisse im BWZ in Rapperswil. Bild: Hansjakob Becker

zur Verfügung zu stellen. Eine Überbrückungslösung mit Containern braucht Investitionen von 7,2 Millionen Franken.

Alfons Augsburger, Präsident des Arbeitgeberverbandes See-Gaster, appellierte an die Politik, dem Linthgebiet eine gut ausgerüstete Berufsschule zu ermöglichen. Nicht zuletzt

für die vielen Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden. Sonst entstehe der Eindruck, dass die Politik die Berufsausbildung als nicht prioritär einstufe. Es gehe nun darum, dass die Parteienvertreter in ihren Fraktionen Einfluss nehmen, damit der Bau des neuen Berufs- und Weiterbildungszentrums bald gestartet werden kann.